

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 2. Oktober 2013, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
aus dem Arbeitsbereich des StM

A. Einleitung.....	1
B. Schwerpunktthemen	1
I. Beteiligungsrechte des Bundesrats.....	1
1. Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Europäischen Angelegenheiten.....	1
2. Sitzungsformat des „inner circle“ in den EU-Ministerräten.....	2
II. Arbeitsprogramm der Europaministerkonferenz unter dem Vorsitz von Bremen	3
III. Mehrjähriger Finanzrahmen 2014 bis 2020 und EU-Strukturpolitik	4
IV. Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit	5
1. Bürgerdialog und Bürgerforen	5
2. Staufermedaille.....	6
V. Berufliche Bildung in der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der EU-Strategie für den Donaoraum	6
1. Grenzüberschreitende berufliche Bildung.....	6
2. EU-Strategie für den Donaoraum: Projekte und Entwicklungen im Rahmen der beruflichen Bildung.....	9
VI. EU-Strategie für den Donaoraum	10
1. Bericht der EU-Kommission zum Mehrwert makroregionaler Strategien.....	10
2. Besuch des Premierministers von Rumänien, Victor-Viorel Ponta, am 11. Juni 2013..	11
3. Clusterkonferenz in Linz am 27. Juni 2013	11
4. Mission der Vier Motoren im Rahmen der EUSDR nach Novi Sad (Autonome Provinz Vojvodina, Serbien) vom 30. Juni bis 2.Juli 2013	12
5. Erste Donau-Parlamentarier-Konferenz am 11./12. Juli 2013 in Ulm	12
6. Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) zur EUSDR am 30. Juli 2013	12
7. Donau-Kommunal-Konferenz am 12. September 2013 in Sigmaringen	13
8. Zweites Jahresforum der EUSDR am 28./29. Oktober 2013 in Bukarest.....	13
9. Vorsitzübernahme der ARGE Donauländer.....	14
VII. Entwicklungspolitik	14
1. Förderung für Graswurzelinitiativen.....	14
2. Eine-Welt-Promotoren-Programm	14
3. Entwicklungspolitische Landesklausur	14
4. Partnerschaft mit Burundi	15
5. Zusammenarbeit mit dem Landtag.....	15

II

VIII.	LV Brüssel	15
1.	Kroatien.....	16
2.	Donau-Energie-Konferenz	17

A. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen europapolitischen Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums im Berichtszeitraum 1. Juli 2013 bis 30. September 2013 dargestellt.

Im Hinblick auf die im Berichtszeitraum liegende Sommerpause fällt der Bericht weniger umfangreich aus und greift insbesondere Weiterentwicklungen der Themen des Berichts zum 2. Quartal 2013 auf.

Das Staatsministerium wird dem Landtag zum Ende des Jahres 2013 den nächsten Bericht über aktuelle europapolitische Themen vorlegen.

B. Schwerpunktthemen

I. Beteiligungsrechte des Bundesrats

Der Landesregierung ist eine umfassende Beteiligung der Länder durch den Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union seit langem ein wichtiges Anliegen. Hierbei geht es um eine umfassende demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen durch Einbeziehung der nationalen Parlamente, aber auch um die Sicherung unseres föderalen Staatsaufbaus.

1. Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Europäischen Angelegenheiten

Nachdem die Beteiligungsrechte der Länder bei den Euro-Rettungsmaßnahmen in Spezialgesetzen festgelegt wurden, geht es nun noch um die Überarbeitung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG).

Die Überarbeitung des EUZBLG soll in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Rechte der Länder weiter stärken. Dazu hat die Landesregierung das EUZBLG gemeinsam mit fünf weiteren Bundesländern überarbeitet und den EUZBLG-Entwurf am 3. Mai 2013 im Bundesrat in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Der federführende Ausschuss des Deutschen Bundestags für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Entwurf in der derzeitigen 17. Legislaturperiode nicht mehr beraten, sondern den Tagesordnungspunkt zwei Mal hintereinander kurzfristig wieder von seiner Tagesordnung abgesetzt. Damit konnte

vor der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 keine Plenarsitzung des alten Bundestags mehr erreicht werden. Der EUZBLG-Entwurf wird infolgedessen der Diskontinuität anheimfallen.

Die Landesregierung wird in der kommenden Legislaturperiode erneut einen EUZBLG-Entwurf in das Gesetzgebungsverfahren einbringen und sich weiter nachdrücklich für die Beteiligungsrechte des Bundesrats einsetzen.

2. Sitzungsformat des „inner circle“ in den EU-Ministerräten

Die letzte Ratspräsidentschaft und das Generalsekretariat des Rats haben ein Sitzungsformat eingeführt, wonach jedem EU-Mitgliedstaat in den Ministerräten der EU nur noch ein Platz in der ersten Reihe zur Verfügung steht, von dem aus gesprochen werden kann (sogenanntes inner-circle-Format). In den Ratsformationen, in denen die Länder mitbetroffen oder gar alleine zuständig sind, sind bislang der Vertreter des Bunds und der Länder nebeneinander platziert worden. Hierbei stand jedem Vertreter ein eigenes Rederecht zu.

Der inner circle führt nun dazu, dass in den Ratsformationen, die ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder berühren – insbesondere im Bildungs-, Kultur- und Medienrat – der oder die Beauftragte des Bundesrats auf Ministerienebene an den Verhandlungen nicht mehr aktiv und gleichberechtigt teilnehmen kann.

Beim Bildungsministerrat am 15. Februar 2013 wandte die irische Ratspräsidentschaft erstmals den inner circle an, um „eine lebhaftere Diskussion zu ermöglichen“. Infolgedessen beanspruchte der Bund den Sitz Deutschlands unter Hinweis auf seine Delegationsleitung für sich. Die Bundesratsbeauftragte Ministerin Münch verzichtete daraufhin auf eine Teilnahme.

Artikel 23 Grundgesetz garantiert den Ländern das Recht, auf den Ratstagungen Bildung, Kultur und Medien, am Verhandlungstisch vertreten zu sein, zu sprechen und je nach Tagesordnungspunkt die Verhandlungsführung zu übernehmen. Ebenso achtet die EU nach Artikel 4 Absatz 2 Satz 1 des Vertrags über die Europäische Union die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten, die in ihren grundlegenden verfassungsmäßigen Strukturen zum Ausdruck kommt. Das inner circle-Format behindert faktisch die Ausübung dieser verfassungsrechtlich verankerten Länderrechte.

Die Landesregierung hält es deshalb für dringend erforderlich, bei der litauischen Ratspräsidentschaft für die Länder einen zweiten Sitz am Verhandlungstisch bei den Ratstagungen Bildung, Kultur und Medien zu erreichen, um direkt vertreten zu sein und unmittelbar Redebeiträge abgeben zu können.

Auch die Europaministerkonferenz hat deshalb am 22. Juli 2013 in einem entsprechenden Beschluss die Ratspräsidentschaft und das Generalsekretariat des Rats dazu aufgefordert, bei künftigen Tagungen der betroffenen Ratsformationen ein Sitzungsformat zu wählen, das eine gleichberechtigte Teilnahme der Beauftragten oder des Beauftragten des Bundesrats auf Ministerebene an den Beratungen ermöglicht. Ergänzend hat sie die Bundesregierung darum gebeten, sich gegenüber dem Generalsekretär des Rats der Europäischen Union und der Ratspräsidentschaft für die Anliegen der Länder einzusetzen.

Das Auswärtige Amt setzt sich derzeit bei der litauischen Ratspräsidentschaft dafür ein, den Länderministern einen zweiten Sitzplatz zur Verfügung zu stellen. Eine abschließende Klärung ist noch nicht erfolgt.

II. Arbeitsprogramm der Europaministerkonferenz unter dem Vorsitz von Bremen

Bremen hat am 1. Juli 2013 von Brandenburg den Vorsitz der Europaministerkonferenz übernommen. Das Thema „Jugend in Europa“ soll den Schwerpunkt der Präsidentschaft bilden. Die europäische Jugendpolitik hat zunehmend an Bedeutung gewonnen, nachdem die Wirtschafts- und Finanzkrise in vielen europäischen Mitgliedstaaten zu einem erheblichen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit geführt hat. Auch Baden-Württemberg engagiert sich im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und wird dieses Thema daher als Mitberichterstatter begleiten.

Ein weiteres von Bremen vorgeschlagenes Thema betrifft „Unterstützungsmaßnahmen zum wirksamen Einsatz von ESF-Mitteln in neuen EU-Mitgliedstaaten“. Im Rahmen der Europaministerkonferenz sollen mögliche Maßnahmen eruiert werden, um insbesondere die Länder Bulgarien und Rumänien beim Abruf und Einsatz von ESF-Mitteln zu unterstützen.

Der Vorsitz von Bremen möchte zudem Verfahren und Instrumente des „Europäischen Semesters“ in den Blick nehmen. Dabei soll auch die Rolle der Länder bei

der Erarbeitung des Nationalen Reformprogramms untersucht werden. Der Landtag wird regelmäßig über das Europäische Semester unterrichtet.

Im Hinblick auf die im Mai 2014 bevorstehende Europawahl steht auch das Thema „Wahl des Europäischen Parlaments“ auf der Agenda. Bei der Öffentlichkeitsarbeit streben die Länder eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament an. Auch Baden-Württemberg plant Aktivitäten, um auf die Europawahl aufmerksam zu machen und Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Nachdem der von den Ländern über den Bundesrat eingebrachte EUBLG-Entwurf im Bundestag der Diskontinuität anheimfallen wird, wird sich die Europaministerkonferenz erneut mit der Neufassung des EUZBLG befassen (siehe Ziffer I. 1.). Aktuell bleibt auch das Tagungsformat des „inner Circle“ im Rat (siehe Ziffer I. 2.).

Im Übrigen sind folgende Themen vorgesehen:

- Soziales Europa und Wettbewerbsfähigkeit
- Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion
- Zukunft der EU
- Ausschuss der Regionen
- Bilanz der alten und Ausblick auf die neue Wahlperiode des Europäischen Parlaments
- EU-Standards beim Datenschutz

III. Mehrjähriger Finanzrahmen 2014 bis 2020 und EU-Strukturpolitik

Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014 bis 2020 (MFR) ist trotz Einigung auf höchster politischer Ebene kurz vor der Sommerpause noch nicht endgültig verabschiedet. Es fehlen immer noch die formalen Schlussabstimmungen von Parlament und Rat. Das Parlament hat zuletzt seine geplante Abstimmung in der Plenarsitzung im September kurzfristig verschoben.

Soweit es bei den dort getroffenen Vereinbarungen bleibt, kommt es darauf an, dass Baden-Württemberg bei der innerdeutschen Mittelverteilung gut abschneidet. Beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist dies bereits ge-

lungen: Baden-Württemberg wird nach den Beschlüssen der Wirtschaftsministerkonferenz, auf der über die Mittelverteilung zwischen den deutschen Ländern entschieden wurde, in der Förderperiode 2014 bis 2020 aus dem EFRE nach derzeitigem Stand 246 Mio. Euro erhalten. Dies sind deutlich mehr Mittel als in der laufenden Förderperiode (143 Mio. Euro). Dieser Mittelzuwachs ist auch Ergebnis guter Verhandlungen Baden-Württembergs in der Wirtschaftsministerkonferenz. Die Verhandlungsstrategie des Landes ist damit aufgegangen.

Für den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie die Interreg A- und B-Programme [Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ)] dauern die innerdeutschen Verhandlungen noch an.

IV. Europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

1. Bürgerdialog und Bürgerforen

Die EU-Kommission veranstaltet seit diesem Jahr europaweit sogenannte Bürgerdialoge, im Rahmen derer verschiedene Mitglieder der EU-Kommission, hochrangige lokale und nationale Politiker mit den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern über Europa diskutieren. Die EU-Kommission will die Ergebnisse der Debatten in die Vorschläge einfließen lassen, die sie 2014 zur politischen und institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union machen wird.

Jede Veranstaltung kann im Internet live mitverfolgt werden, da sie über einen Stream in englischer Sprache übertragen wird. Außerdem kann mitgetwittert werden. Die Debatte soll ausdrücklich nicht auf einem Podium stattfinden, sondern das Publikum einbeziehen.

Am 16. Juli 2013 diskutierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit Kommissions-Vizepräsidentin Viviane Reding im Rahmen eines Bürgerdialogs in Heidelberg mit über 300 Bürgerinnen und Bürgern über die aktuelle Krise, ihre Vorstellungen von der Zukunft der EU im Jahr 2020 und über die Rechte als EU-Bürger im Alltag.

Darüber hinaus hat das Land eigene Bürgerforen zu Europa eingerichtet, teilweise mit der EU-Kommission, teilweise mit anderen Partnern. Am 20. Juni 2013 fand in Tübingen ein Bürgerforum „Europa die Meinung sagen“ mit Minister Peter Friedrich statt. Ähnlich wie bei den Bürgerdialogen ist es auch bei den Bürgerforen Ziel, mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Europapolitik

– insbesondere des Landes – ins Gespräch zu kommen und auch für europakritische Äußerungen Raum zu geben. Der thematisch relativ offene Titel eröffnet die Möglichkeit, aktuelle Themen und Stimmungen aufzugreifen und gewährleistet eine lebhaft Diskussions. Für das Jahr 2014 plant das Staatsministerium zusammen mit der EU-Kommission in München zwei weitere Bürgerforen in Freiburg (16. Januar 2014) und Mannheim (6. Februar 2014). Diese sollen thematisch auf die Europawahlen im Mai 2014 abzielen.

2. Staufermedaille

Seit 2007 ehrt der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten alle zwei Jahre Personen mit der Staufermedaille, die sich in europäischem Zusammenhang für das Gemeinwohl engagieren. Für 2013 wurden Personen, die sich im Bereich der europäischen Jugendbegegnungen engagieren, ausgewählt.

Aus den Vorschlägen, die über die kommunalen Spitzenverbände von den Kommunen und den Landkreisen eingereicht wurden, wurden zehn Personen ausgewählt, die sich im Bereich europäischer Jugendbegegnungen verdient gemacht haben. Ihnen überreichte Minister Peter Friedrich in einem Festakt am 16. September 2013 im Staatsministerium jeweils eine Staufermedaille.

V. Berufliche Bildung in der Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der EU-Strategie für den Donaauraum

1. Grenzüberschreitende berufliche Bildung

Rahmenvereinbarung zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung

Am 12. September 2013 wurde zwischen insgesamt 28 Partnern aus dem Elsass, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, darunter Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Ministerpräsidentin Malu Dreyer, eine Rahmenvereinbarung zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung unterzeichnet.

Die Rahmenvereinbarung zur grenzüberschreitenden beruflichen Bildung soll es Jugendlichen aus dem Oberrheingebiet ermöglichen, den schulischen Teil ihrer Ausbildung im Heimat- und den betrieblichen Teil im Nachbarland zu absolvieren. Somit soll auch ein Beitrag zur Reduzierung des Ungleichgewichts

zwischen einer relativ hohen Jugendarbeitslosigkeit im Elsass und einem zunehmenden Fachkräftemangel auf deutscher Seite geleistet werden.

Am Ende der Ausbildung können die Jugendlichen in ihrem Heimatland die Abschlussprüfung ablegen und damit einen anerkannten Berufsabschluss erwerben. Darüber hinaus können sie, sofern sie die Bedingungen erfüllen, ergänzend auch die Prüfung im jeweiligen Partnerland ablegen und damit eine deutsch-französische Doppelqualifikation erwerben. Die Umsetzung der Rahmenvereinbarung wird durch den Expertenausschuss Berufliche Bildung der Oberrheinkonferenz eng begleitet, der unter baden-württembergischem Vorsitz steht.

Unterzeichner der Vereinbarung auf deutscher Seite sind, neben den Landesregierungen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein, die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, die Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee, die Handwerkskammer Freiburg, die Handwerkskammer Karlsruhe, die Handwerkskammer Konstanz, die Industrie- und Handelskammer Pfalz, die Handwerkskammer Pfalz, die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und die Arbeitsagenturen (Regionaldirektionen Rheinland-Pfalz/Saarland und Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, Agenturen für Arbeit Landau, Freiburg, Karlsruhe-Rastatt, Lörrach, Offenburg, Kaiserslautern-Pirmasens). Auf französischer Seite unterzeichneten der französische Staat, die Region Elsass, die Handwerkskammer Elsass, die Industrie- und Handelskammer Elsass, die Regionale Landwirtschaftskammer Elsass sowie die Arbeitsagentur des Elsass.

Studie zur Entwicklungsperspektive der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung und Beschäftigung junger Menschen am Oberrhein

Das Staatsministerium hat eine Projektgemeinschaft bestehend aus Euro-Institut, Deutsch-Französischem Institut und Strasbourg Conseil mit einer beratenden Studie zur „aktuellen Situation und Entwicklungsperspektive der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung und Beschäftigung junger Menschen in Baden-Württemberg und dem Elsass“ beauftragt. An der Finanzierung der Studie sind das Staatsministerium sowie das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft beteiligt. Unter Einbeziehung von Experten und Praktikern soll systematisch untersucht werden, welche Anreize für die Nutzung von bestehenden An-

gebieten der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung bestehen beziehungsweise welche Hemmnisse Jugendliche von der Nutzung bestehender Angebote abhalten. Erste Ergebnisse sollen im Rahmen einer Podiumsveranstaltung am 5. November 2013 in Offenburg vorgestellt werden, die das Staatsministerium in Kooperation mit dem Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau ausrichtet.

Bilaterale Gespräche

Die grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der beruflichen Bildung ist weiterhin ein zentrales Thema bilateraler Treffen mit Partnern aus Frankreich.

Am 8. Juli 2013 besuchte Minister Peter Friedrich die Badischen Stahlwerke in Kehl, wo bereits junge Elsässer ausgebildet werden. Beim anschließenden Treffen mit dem elsässischen Regionalpräsidenten Richert in Strasbourg wurde eine politische Erklärung zur engeren Kooperation bei der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung unterzeichnet. Weiterhin fand auf Einladung von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer am 31. Juli 2013 ein Expertendialog der Kammern des Oberrheins statt, bei dem praktische Fragen besprochen werden konnten, unter anderem zur Unterbringung und Betreuung von ausländischen Auszubildenden. Auch auf nationaler Ebene wurde das Engagement am Oberrhein gewürdigt. So wurde das Projekt der grenzüberschreitenden Rahmenvereinbarung anlässlich des bilateralen deutsch-französischen Dialogs zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am 15. Juli 2013 in Saarbrücken ausdrücklich als vorbildliches Beispiel erwähnt.

Um die Vernetzung der Experten und verschiedenen Stellen im Land zu stärken, die sich für die Internationalisierung der beruflichen Bildung einsetzen (vgl. auch Ziffer V.2), soll auf Einladung des Staatsministeriums im November dieses Jahres in Stuttgart eine Fachtagung stattfinden.

Jugenddialog am Bodensee

Am 5. Juli 2013 fand in Lindau ein grenzüberschreitender Dialog zwischen Jugendlichen aus dem Bodenseeraum und Regierungsvertretern der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) statt. Für Baden-Württemberg nahm Staatsrätin Gisela Erler teil. Rund 30 politisch interessierte Jugendliche konnten in thematischen Runden, unter anderem zu den Themen Jugendarbeitslosigkeit, Jugend-

beteiligung und soziale Medien, mit den Politikerinnen und Politikern diskutieren. Die Veranstaltung stieß bei den Jugendlichen auf sehr positive Resonanz und soll nach Möglichkeit wiederholt werden.

2. EU-Strategie für den Donaauraum: Projekte und Entwicklungen im Rahmen der beruflichen Bildung

Die Entwicklung großer, transnationaler Leuchtturmprojekte zwischen den Partnerstaaten ist eine Kernaufgabe innerhalb der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR). Im Haushalt 2013 des Staatsministeriums standen 400.000,00 Euro zur Initiierung von Projekten im Rahmen der EUSDR zur Verfügung. Das Kabinett hat im Sommer 2011 vier landestypische Schwerpunkte für das Engagement Baden-Württembergs definiert, innerhalb derer Projekte angeschoben wurden:

- Verbesserung der beruflichen Qualifikationen im Donaauraum, insbesondere durch den Export des Modells einer dualen Ausbildung,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen im Donaauraum für kleinere und mittlere Unternehmen,
- Umweltschutz, Umwelttechnik und erneuerbare Energien,
- Stärkung der Zivilgesellschaft und Einbringen in den Prioritätsbereich „Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit“.

Seit 2012 wurden aus dem Donauprojektetonds des Staatsministeriums insgesamt 24 Projekte gefördert. Neben den genannten thematischen Schwerpunkten orientiert sich die Projektauswahl auch an der Relevanz der Projekte für Baden-Württemberg, ihrem Leuchtturmcharakter sowie der Hebelwirkung für EU-Fördermittel bei den dafür geeigneten Projekten, auch mit Blick auf die anlaufende Förderperiode 2014 bis 2020.

Ein Fokus der Projekte des Jahres 2013 liegt auf dem Bereich der beruflichen Qualifikationen und der dualen Ausbildung, der auch im Rahmen des von Baden-Württemberg und Kroatien koordinierten Prioritätsbereichs 8 „Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Clusterbildung“ eine Schlüsselrolle spielt.

Trotz teilweise hoher Jugendarbeitslosigkeit in der Region fehlen ausgebildete Fachkräfte. Davon sind auch Unternehmen aus Baden-Württemberg mit Niederlassungen in der Region betroffen. Deshalb wurden unter dem Dach der EUDSR verschiedene Initiativen gestartet, die Formen der dualen Ausbildung im Donaauraum stärken sollen. In einem Projekt des Kultusministeriums und der Landesakademie für Lehrerfortbildung Esslingen finden umfassende Schulungen für Multiplikatoren aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn statt, die Modelle der dualen Berufsausbildung vor Ort implementieren wollen. Parallel gibt es auch von betrieblicher Seite verschiedene Szenarien und Projektkonzepte, um vor Ort eine duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Hierdurch sollen auch geeignete Fachkräfte vor Ort für die in der Donauregion produzierenden Unternehmen aus Baden-Württemberg geschult werden.

Das Land leistet hier etwa bei der Schaffung lokaler Strukturen oder der Entwicklung von Curriculae in Ausbildungsberufen Unterstützung. Zudem sind mit Mitteln des Staatsministeriums und der Baden-Württemberg Stiftung auch zivilgesellschaftliche Akteure aus Baden-Württemberg in der beruflichen Bildung aktiv, etwa in Projekten für benachteiligte Gruppen wie Sinti und Roma.

Die konkreten Projektvorhaben in der Region werden flankiert von begleitenden politischen Maßnahmen. So konnte etwa mit Rumänien im Rahmen des Besuchs des Herrn Premierministers Victor-Viorel Ponta eine gemeinsame Erklärung über den Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung unterzeichnet werden (siehe auch Ziffer VI). Das Thema wird auch im Rahmen der Gemischten Regierungskommissionen mit den beteiligten Ländern bearbeitet.

VI. EU-Strategie für den Donaauraum

1. Bericht der EU-Kommission zum Mehrwert makroregionaler Strategien

Die Europäische Kommission hat am 27. Juni 2013 einen Bericht zum Mehrwert makroregionaler Strategien vorgelegt, der Gegenstand einer Ratsbefassung ist. Der Bericht stellt generell fest, dass die Strukturen gut funktionieren und ein integrativer Ansatz über unterschiedliche Politikfelder hinweg geschaffen wurde. Im Donaauraum wurden bislang rund 400 Projekte entwickelt, von denen sich etwa 150 bereits in der Umsetzung befinden. Als wichtig wird nun

erachtet, dass die Strategie stärkeren Eingang in die Fachministerien und Fachpolitiken findet. Hierzu ist verstärktes „Ownership“ seitens der beteiligten Länder, aber auch Regionen und Kommunen notwendig (Multi Level Governance). Als langfristiges Ziel sieht der Bericht vor, dass die Strategie von den beteiligten Ländern selbst koordiniert werden soll. Hierzu sind politisches Engagement auf allen Ebenen und die Bereitstellung ausreichender Verwaltungskapazitäten entscheidend. Zur Finanzierung von Donauprojekten ist die Nutzung aller Struktur- und Investitionsfonds einschließlich des neuen INTERREG-Programms für den Donaoraum wichtig.

2. Besuch des Premierministers von Rumänien, Victor-Viorel Ponta, am 11. Juni 2013

Anlässlich eines Treffens von Premierminister Victor-Viorel Ponta mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel führte der Weg des Premiers am 11. Juni 2013 auch nach Baden-Württemberg.

In Begleitung von Minister Peter Friedrich besuchten sie gemeinsam die Daimler AG in Untertürkheim und das Getriebewerk in Hedelfingen. Im Anschluss an das Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann unterzeichneten beide eine gemeinsame Erklärung über den Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung und der Zusammenarbeit der Kammern (IHK und HWK) zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen der Donaoraumstrategie.

3. Clusterkonferenz in Linz am 27. Juni 2013

Ziel der Konferenz war es, regionale Innovations- und Clusterstrategien für den Donaoraum und die Europaregion Donau-Moldau weiter zu entwickeln und eine Plattform für den gegenseitigen Wissensaustausch zu schaffen. Auf Einladung des oberösterreichischen Landeshauptmanns Dr. Josef Pühringer führte Minister Peter Friedrich zu Beginn der Konferenz in die Thematik ein. Neben der Besichtigung verschiedener Einrichtungen führte Minister Peter Friedrich auch mehrere Fachgespräche.

4. Mission der Vier Motoren im Rahmen der EUSDR nach Novi Sad (Autonome Provinz Vojvodina, Serbien) vom 30. Juni bis 2. Juli 2013

Baden-Württemberg organisierte während seiner einjährigen Präsidentschaft beim Netzwerk Vier Motoren eine gemeinsame Delegationsreise nach Novi Sad. Unter Führung von Minister Peter Friedrich wurde die EUSDR dem Netzwerk vorgestellt. Nach einer Auftaktveranstaltung im Parlament der autonomen Provinz Vojvodina mit der abschließenden Übergabe einer impulsgebenden politischen Erklärung wurde die konkrete Ausgestaltung von Projekten in vier thematischen Säulen umrissen. Im Rahmen der Mission trafen politische Vertreter der Vier Motoren Regionen, Wissenschaftler, Regierungsexperten und Vertreter der Wirtschaft zusammen, um sich vertieft über die Donaunraumstrategie auszutauschen.

5. Erste Donau-Parlamentarier-Konferenz am 11./12. Juli 2013 in Ulm

Der Landtag von Baden-Württemberg richtete im Ulmer Stadthaus die erste Donau-Parlamentarier-Konferenz aus. Auf Einladung von Landtagspräsident Guido Wolf kamen unter Beteiligung von Minister Peter Friedrich über 100 Teilnehmer aus allen Donau-Parlamenten zusammen. Dabei wurde die Notwendigkeit eines starken politischen Rückhalts der nationalen und regionalen Parlamente für den langfristigen Erfolg der EUSDR betont. Im Rahmen der gemeinsamen Schlusserklärung kam zum Ausdruck, dass die parlamentarische Begleitung und Unterstützung der Strategie durch einen regelmäßigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch gefördert werden soll.

6. Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) zur EUSDR am 30. Juli 2013

Die zwischenzeitlich sechste Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe fand unter Teilnahme von Minister Peter Friedrich statt. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die fortlaufende Koordinierung des Engagements Baden-Württembergs für die Umsetzung der EUSDR unter Beteiligung aller Ressorts einschließlich der Landesvertretungen in Brüssel und Berlin. Im Anschluss an die Sitzung nahmen fünf Projektträger die Gelegenheit wahr, ihre Projekte den Ressortvertretern vorzustellen.

7. Donau-Kommunal-Konferenz am 12. September 2013 in Sigmaringen

Da den Kommunen bei der Umsetzung der EUSDR eine zentrale Rolle zukommt, hat das Staatsministerium gemeinsam mit der Interessensgemeinschaft Landschaftspark Junge Donau eine Kommunal-Konferenz in Sigmaringen ausgerichtet, an der über 110 Teilnehmer aus den Kommunen, Gemeinderäte, Fachleute aus der Regionalplanung und interessierte Bürgerinnen und Bürger teilnahmen. Der Fokus der Veranstaltung lag zum einen auf den vielfältigen Aktivitäten in der gesamten Donauregion und zum anderen auf dem Flussabschnitt der jungen Donau zwischen Donaueschingen und Ulm, in dem das Projekt Landschaftspark Junge Donau umgesetzt wird. Ein Aspekt des Projekts „Bürgerbeteiligung im Landschaftspark Junge Donau“ beinhaltet die Durchführung eines Bürgerbeteiligungsprozesses im gesamten Projektgebiet, der die neun Kernkommunen am oberen Donaulauf umfasst. Vorgesehen sind verschiedene Beteiligungs- und Informationsplattformen sowie ein abschließendes gemeinsames Bürgerfest. Das Staatsministerium unterstützt dieses Projekt mit 63.000,00 Euro.

8. Zweites Jahresforum der EUSDR am 28./29. Oktober 2013 in Bukarest

Die rumänische Regierung organisiert gemeinsam mit der EU-Kommission das 2. Jahresforum zur EUSDR. Das Jahresforum ist das politische Ereignis im Rahmen der Donauraumstrategie und wird entsprechend hochkarätig durch die Regierungen der Donauländer besetzt. Minister Peter Friedrich wurde eingeladen, auf dem Forum eine Rede zu halten. Erstmals findet im Rahmen des Jahresforums auch das Treffen der Außenminister der Donauländer sowie ein Treffen der zuständigen Regionalminister statt.

Weitere Veranstaltungen sind das 7. Jahrestreffen des Rats der Donaustädte und -regionen (RDSR), der 3. Donau-Finanzierungs-Dialog, ein Treffen von Kommissar Hahn mit den Nationalen Kontaktpunkten (NCPs) und den Schwerpunktkoordinatoren (Priority Area Coordinators – kurz PACs) sowie ein Treffen der Steuerungsgruppen (Steering Groups) der Schwerpunktbereiche 8 und 9. Baden-Württemberg koordiniert, unter Federführung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, den Schwerpunktbereich (Priority Area) 8.

9. Vorsitzübernahme der ARGE Donauländer

Am 1. Januar 2014 übernimmt Baden-Württemberg für zwei Jahre die Präsidentschaft der ARGE Donauländer. Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Präsidentschaft soll unter anderem der politische Dialog und die Jugendbegegnung sein, da beide Themen bislang unzureichend im Rahmen der EUSDR behandelt wurden. Die Präsidentschaft soll aber auch dazu genutzt werden, die ARGE Donauländer mit dem RDSR zu einem politisch strategischen Forum zu entwickeln.

VII. Entwicklungspolitik

1. Förderung für Graswurzelinitiativen

Die diesjährige Förderrunde des Staatsministeriums ist in bewährter Kooperation mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) und entsprechend den Wünschen aus der Zivilgesellschaft bereits vor der Sommerpause und mit verlängerter Antragsfrist angelaufen (Ausschreibungsstart: 23. Juli 2013; Ausschreibungsende: 11. Oktober 2013).

2. Eine-Welt-Promotoren-Programm

Bereits in den ersten Wochen hat unter der Federführung des Dachverbands Entwicklungspolitik (DEAB) das Promotoren-Programm Fahrt aufgenommen. Mittlerweile sind 18 der 20 Promotorinnen und Promotoren und 19 der 20 Trägerorganisationen identifiziert. Dies erfolgte bei den Regionalpromotoren im Konsens mit den Initiativen vor Ort, bei den Fachpromotoren im Konsens mit den großen entwicklungspolitisch aktiven Organisationen und Netzwerken des Rats für Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (REZ). Alle REZ-Organisationen (Kirchen, Kommunale Spitzenverbände, GIZ, Engagement Global, DEAB, SEZ, Migrantenorganisationen) haben dementsprechend bereits vorab in der Sitzung vom 19. Juni 2013 ihre Unterstützung für die Promotorinnen und Promotoren bekräftigt (kontinuierlich aktualisierte Informationen zum Promotoren-Programm unter: www.deab.de).

3. Entwicklungspolitische Landesklausur

Im halbjährlichen Wechsel mit der Entwicklungspolitischen Landeskonzferenz, die mit dem Focus der Beteiligung der engagierten Bürgerinnen und Bürger auf

der FAIR HANDELN Messe am 13. April 2013 mehrere Hundert Teilnehmende versammelt hatte, fand unter einem fachlichen Fokus am 27. September 2013 die Entwicklungspolitische Landesklausur in Stuttgart statt. Schwerpunkt war die Vernetzung der neuen Promotorinnen und Promotoren mit den auf der Landeskonzferenz gewählten Bürgerdelegierten, den Mitgliedern des REZ und der interministeriellen Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit.

4. Partnerschaft mit Burundi

Minister Peter Friedrich hat am 17. Juli 2013 Landtagspräsident Guido Wolf und die entwicklungspolitischen Sprecher der Fraktionen, wie vor Beginn der Verhandlungen gemeinsam am 26. November 2013 vereinbart, über den Stand der Verhandlungen über eine gemeinsame Erklärung mit Burundi unterrichtet und eingebunden.

5. Zusammenarbeit mit dem Landtag

Auch die vorliegende entwicklungspolitische Berichterstattung soll weiterhin Anlass sein,

- Initiativen aus dem Landtag mit allen Akteuren optimal zu vernetzen,
- den Landtag dafür zu gewinnen, den Appell des entwicklungspolitischen Bündnisses aufzugreifen und die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg zu verabschieden,
- den Landtag dafür zu gewinnen, ähnlich wie die REZ-Organisationen, die neuen Promotorinnen und Promotoren bei ihrer Arbeit nach Möglichkeit zu unterstützen,
- den Landtag für die nächste FAIR HANDELN Messe vom 10. bis 13. April 2014 zu gewinnen (etwa durch eine Tagung des Runden Tisches Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise des Europa-Ausschusses auf dieser Messe).

VIII. LV Brüssel

Der 9. und 10. Juli 2013 standen in der Landesvertretung in Brüssel ganz im Zeichen des EU-Beitritts von Kroatien, der Donauzusammenarbeit und der Energie.

Der Sommer-Empfang in der Landesvertretung wurde am 10. Juli 2013 dazu genutzt, in Brüssel die gute und partnerschaftliche Beziehung zwischen Baden-Württemberg und Kroatien zu unterstreichen.

Am 9. Juli 2013 fand in der Brüsseler Landesvertretung eine Konferenz mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft im Donaauraum“ statt. Zu der Konferenz hat Baden-Württemberg gemeinsam mit der Südosteuropagesellschaft Akteure aus dem Donaauraum und EU-Einrichtungen eingeladen.

1. Kroatien

Kroatien ist seit 1. Juli 2013 28. Mitgliedstaat der EU. Das Land hatte seit seinem Antrag auf Beitritt in 2003 einschneidende Reformen in Wirtschaft, Justizwesen und dem politischen System umgesetzt. Die EU-Kommission befürwortete in ihrem abschließenden Bericht im März 2013 den Beitritt. Alle Zielsetzungen, wie demokratische Grundordnung, Meinungs- und Pressefreiheit, Wahrung der Bürgerechte, transparentes Justizsystem und Privatisierung von Staatsbetrieben waren erfüllt worden. Kroatien stellt 12 EU-Abgeordnete, die bereits im April 2013 gewählt wurden und hat sieben Stimmen im Rat der EU. Mit Kroatien gewinnt die EU an die 4,5 Millionen neue Bürgerinnen und Bürger. Der Bundesrat hat sich am 22. März 2013 dafür ausgesprochen, dass im Zuge des Beitritts kroatischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern bereits in der ersten Phase die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wird (BR-Drs. 204/13). Das hat aber die Bundesregierung nicht umgesetzt. Allerdings gilt für Auszubildende aus Kroatien, die in Deutschland eine betriebliche Ausbildung aufnehmen wollen, die Sperrfrist bis 2015 nicht.

Baden-Württemberg hat sich seit jeher für den EU-Beitritt Kroatiens eingesetzt und Kroatien aktiv bei seinen Reformbemühungen unterstützt. Baden-Württemberg unterhält seit Jahren eine „Gemischte Regierungskommission“ mit Kroatien, die sich regelmäßig trifft und die Zusammenarbeit und den Austausch verfestigt hat. Auch innerhalb der EUSDR arbeitet Baden-Württemberg eng mit Kroatien zusammen. Baden-Württemberg verantwortet gemeinsam mit Kroatien den Prioritätsbereich „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen“.

Der neue EU-Kommissar aus Kroatien, Neven Mimica hat sein Amt als Verbraucherschutzkommissar Anfang Juli 2013 angetreten. Er hatte am 10. Juli 2013 in der Landesvertretung von Baden-Württemberg einen seiner ersten öffentlichen Auftritte in dieser Position. Sowohl Minister Peter Friedrich wie auch Kommissar Günther Oettinger nahmen die sehr gut besuchte Veranstaltung auch zum Anlass, sich von Äußerungen der Boulevard-Presse zu distanzieren, die Kroatien in den Tagen um den Beitritt als weiteres „Nehmer-Land“ vorgestellt hatte. Sie betonten in ihren Ansprachen, dass der historische und künftige Wert eines friedlich geeinten Europas nicht auf diese Weise mit Geld zu beziffern sei.

2. Donau-Energie-Konferenz

Die Diskussionen auf EU-Ebene zu einer gemeinsamen Klima-Strategie mit Zielgrößen für den Anteil „grüner Energie“ bis 2030 nehmen an Fahrt auf. Dabei spielen die aktuellen EU-20-20-20-Ziele eine wichtige Rolle. Gerade im südöstlichen Teil des Donauraums scheint eine gewisse Skepsis gegenüber Erneuerbaren Energien zu herrschen. Baden-Württemberg hat gemeinsam mit der Südosteuropagesellschaft Akteure aus dem Donauraum und der EU-Einrichtungen am 9. Juli 2013 zu der Konferenz mit Titel „Auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft im Donauraum“ eingeladen. Mit dieser Donau-Energie-Konferenz in der Landesvertretung in Brüssel hat Baden-Württemberg dazu beigetragen, die vorhandene Skepsis auszuräumen und verdeutlicht, dass die Weiterentwicklung der traditionellen Wirtschaft hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft enorme Wachstumsimpulse in sich birgt. Damit setzte Baden-Württemberg in Brüssel ein starkes Zeichen für ein nachhaltiges Europa – und für die Chancen der Donaukooperation.